

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

22. Februar 2024
1 von 2

Verzicht auf einen Strafantrag bei Fahren ohne gültigen Fahrschein

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- 101.19.996 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Augustin

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, ihrer städtischen Beteiligungsgesellschaft KVG über den KVV Konzern die gesellschaftsrechtliche Weisung zu erteilen, auf die Stellung eines Strafantrags bei Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ohne gültigen Fahrschein zu verzichten. Die Regelungen zum erhöhten Beförderungsentgelt beim Fahren ohne gültigen Fahrschein bleiben hiervon unberührt.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP, AfD

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Verzicht auf einen Strafantrag bei Fahren ohne gültigen Fahrschein, 101.19.996, wird **abgelehnt**.

➤ **Änderungsantrag der AfD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, ihrer städtischen Beteiligungsgesellschaft KVG über den KVV Konzern die gesellschaftsrechtliche Weisung zu erteilen, auf die Stellung eines Strafantrags bei Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ohne gültigen Fahrschein **gewöhnlich** zu verzichten.

Die Regelungen zum erhöhten Beförderungsentgelt beim Fahren ohne gültigen Fahrschein bleiben ~~hiervon unberührt~~ **erhalten und werden mit einer Härtefallregelung von 2/3 des erhöhten Beförderungsentgelts bei nachgewiesenem Prozesskostenhilfe-Anspruch (ohne Eigenanteil) ergänzt. Ein Strafantrag erfolgt nur bei Nichtzahlung des erhöhten Beförderungsentgelts nach erfolglosem Mahnwesen.**

2 von 2

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, DIE LINKE, CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Verzicht auf einen Strafantrag bei Fahren ohne gültigen Fahrschein, 101.19.996, wird **abgelehnt**.

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin